

## A3 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

### Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis  
2 hin zum  
3 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative  
4 Wirtschaft ist global  
5 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von  
6 der  
7 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus  
8 Thüringen  
9 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia  
10 gehandelt,  
11 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch  
12 deshalb die  
13 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die  
14 Kräfte  
15 bündeln.

16 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen  
17 Interesse. Vor  
18 allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und  
19 Jahrzehnte  
20 entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer  
21 Wirtschaft  
22 und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu  
23 mehr  
24 Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen  
25 und fairen  
26 Löhnen, zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen  
27 Grundlage für  
28 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

29 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während  
30 China oder die  
31 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien  
32 investieren. Wir  
33 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa auf  
34 den Märkten  
35 der Zukunft durchsetzen – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei  
36 digitalen  
37 Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster  
38 Batterietechnik und grünem  
39 Stahl. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch  
40 Sicherheitspolitik.

41 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen  
42 natürlichen  
43 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren, mit  
44 Lebensräumen für eine

45 große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den Küsten und in den Wäldern.  
46 In ihrem  
47 Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-  
48 Tech-  
49 Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen Räumen verankert,  
50 lässt sich  
51 aus den Städten in wenigen Stunden in Wälder oder Berge reisen.

52 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche  
53 Dienstleistungen in  
54 einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet aber eben auch  
55 saubere Luft,  
56 reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

57 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein  
58 klimaneutrales Fundament  
59 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den  
60 European  
61 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen  
62 wir dafür,  
63 dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung  
64 über Mobilität  
65 und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend  
66 zu einem  
67 entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren Wohlstand  
68 bewahren und  
69 neuen schaffen, müssen wir Europäer\*innen nicht nur das Klima schützen, sondern  
70 auch diesen  
71 Wettbewerb annehmen.

72 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und  
73 Industriepolitik, die  
74 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu  
75 gezielten  
76 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den  
77 Autokratien dieser  
78 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb  
79 jetzt – von  
80 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die  
81 erneuerbaren  
82 Energien und die Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der  
83 Europäischen Union  
84 (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die  
85 industrielle  
86 Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu sichern.

87 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich  
88 die besten  
89 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie  
90 abbauen, dann tun  
91 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer\*innen, nicht der Paragraphen und  
92 Behörden zu  
93 stellen. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir

94 das, um Daten  
95 im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.  
96 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind  
97 wir es.  
98 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die  
99 wirksam und  
100 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer  
101 Konkurrenz  
102 gleichermaßen aufzunehmen.  
103 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die  
104 Sicherheit  
105 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand  
106 und  
107 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit  
108 der Natur und  
109 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder  
110 geografische  
111 Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das Geschlecht über die Chance auf ein  
112 gutes Leben  
113 entscheiden, sondern in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben können.  
114 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

## 115 1. Ein klimaneutrales Europa

116 In Energiesicherheit investieren

117 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit  
118 effizienter und  
119 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten Kontinents nutzt  
120 und  
121 miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven  
122 Wirtschafts-  
123 und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen  
124 Beitrag  
125 dazu leisten, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral  
126 sicherzustellen.  
127 Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer  
128 günstigen  
129 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir  
130 wollen, dass  
131 Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

132 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die  
133 Elektrifizierung von  
134 Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive Investitionen in den Ausbau von  
135 Wind und  
136 Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten.  
137 Gleichzeitig

138 müssen wir energieeffizienter werden und die entsprechenden Vorgaben weiter  
139 anpassen.

140 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er  
141 gebraucht wird,  
142 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken  
143 und dabei vor  
144 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein  
145 stabiles  
146 europäisches Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere  
147 Versorgungssicherheit.  
148 Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich  
149 gegenseitig  
150 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare  
151 Energien fit  
152 machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der  
153 Wind weht  
154 oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-Netzplanung – insbesondere für  
155 grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der  
156 EU. In  
157 Zukunft müssen darüber hinausgehend die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze  
158 und  
159 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die  
160 Netzentgelte und  
161 die Bedingungen von Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer  
162 Energien  
163 aus.

164 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu  
165 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.  
166 An diesen  
167 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an.  
168 Jedoch wird  
169 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste  
170 Form der  
171 Energieerzeugung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen  
172 schaffen, um  
173 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen  
174 wir dabei,  
175 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.  
176 Gleichzeitig hat  
177 uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie  
178 abhängig wir  
179 noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den  
180 kommenden Jahren  
181 ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied  
182 vom fossilen  
183 Erdgas nötig. Wir wollen es vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert  
184 mit grünem  
185 Wasserstoff ersetzen.

186 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht  
187 geeignet, die

188 Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen  
189 Risiken  
190 verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer  
191 Kraftwerke  
192 ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende  
193 Generationen. Wir  
194 setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

195 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,  
196 weshalb wir  
197 Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in  
198 den nächsten  
199 Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur  
200 Energiesicherheit  
201 leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.

202 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

203 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber  
204 1990 um rund  
205 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens  
206 55 Prozent  
207 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Durch den reformierten  
208 Emissionshandel wird  
209 ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele  
210 für  
211 erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder  
212 Chemieprodukte, die  
213 nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO<sub>2</sub>-  
214 Fußabdruck  
215 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge  
216 um. Gebäude in  
217 der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit  
218 hat Europa den  
219 richtigen Weg eingeschlagen.

220 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.  
221 Europa soll der  
222 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken  
223 geben, und es  
224 muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040 braucht es deswegen  
225 Zwischenziele, die  
226 die EU sicher zu Klimaneutralität in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens  
227 führen. Das  
228 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser  
229 Klimaabkommens  
230 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich  
231 hinterlegen.  
232 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und  
233 die  
234 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

235 Natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

236 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas  
237 und rein in  
238 erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber  
239 auch in  
240 Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie  
241 gar nicht zu  
242 vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir  
243 technologische  
244 Chancen nutzen und das CO<sub>2</sub> direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und  
245 gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll  
246 dies aktiv  
247 gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen  
248 dafür schaffen  
249 und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer  
250 europäischer CO<sub>2</sub>-  
251 Speicher – entwickeln.

252 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,  
253 auf den 1,5-  
254 Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre  
255 aktiv  
256 senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür  
257 stärken und  
258 entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse,  
259 die der  
260 Atmosphäre CO<sub>2</sub> wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten  
261 Verbündeten, denn vor  
262 allem Wälder und Moorböden sind natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Deswegen benötigen wir  
263 klare Regeln  
264 für die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die  
265 Aufforstung  
266 von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer  
267 Negativemissionen wie die  
268 CO<sub>2</sub>-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Anwendung  
269 prüfen und an  
270 Pilotprojekten evaluieren. Die EU braucht – wie Deutschland – klare Ziele für  
271 das Erreichen  
272 von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels  
273 zu handeln.

274 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

275 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie  
276 speichern und  
277 transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer zukünftigen  
278 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger überall dort ersetzen, wo  
279 Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa bei der  
280 Anwendung

281 Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu heben, entwickeln wir die Europäische  
282 Wasserstoffstrategie weiter und unterstützen die Erforschung von umfassenden  
283 Ansätzen zur  
284 Erzeugung und Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die  
285 Netzausbaukosten minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen  
286 eingesetzt  
287 werden. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden  
288 Investitionsprogramm  
289 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser  
290 Schlüsseltechnologie.

291 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen  
292 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur  
293 für den  
294 Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med können wir  
295 grünen  
296 Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die  
297 Industriezentren  
298 Deutschlands transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen  
299 Infrastrukturunion.

300 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen  
301 Wasserstoff und  
302 strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU sowie wind- und  
303 sonnenreichen  
304 Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer können wir  
305 auf diesem  
306 Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten  
307 vermeiden.  
308 Durch Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass  
309 die Länder  
310 des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von der  
311 grünen  
312 Energiezukunft profitieren.

313 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff  
314 vorerst ein  
315 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen wir daher  
316 vorrangig auf  
317 die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich  
318 grüner Strom  
319 so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort  
320 einsetzen,  
321 wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören  
322 etwa die  
323 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der  
324 Schwerlasttransport sowie  
325 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff  
326 bei geringer  
327 Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung  
328 einsetzen, um  
329 die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

330 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

331 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen  
332 verbunden.  
333 Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss  
334 klimaneutral immer auch  
335 sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel  
336 gespeist wird,  
337 geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei  
338 werden  
339 Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und  
340 Transportkosten betroffen sind. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten –  
341 wie etwa  
342 Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen.

343 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und  
344 Kommunen, ihre  
345 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und  
346 demokratisch, denn  
347 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich  
348 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten:  
349 Der Einsatz  
350 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir  
351 wollen  
352 europäisch besser verankern, dass Bürger\*innen an der Energiewende teilhaben  
353 können – indem  
354 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage  
355 direkt an ihre  
356 Nachbar\*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte  
357 Energie  
358 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

359 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch  
360 zukünftig  
361 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der  
362 europäischen  
363 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell  
364 und günstig  
365 von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei  
366 vor allem auf  
367 Beratung und finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten  
368 kommunale  
369 Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt  
370 und wie  
371 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

372 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent  
373 aufeinander  
374 abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der  
375 günstigen  
376 Stromerzeugung bei den Verbraucher\*innen. Durch die Umstellung der Förderung von  
377 erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern wir die

378 Stromverbraucher\*innen gegen  
379 hohe Kosten ab.

## 380 2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

381 In Innovation und Resilienz investieren

382 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine  
383 strategische  
384 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU  
385 (NGEU) hat uns  
386 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen,  
387 dass Europa  
388 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr  
389 2026 droht  
390 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen.  
391 NGEU kann uns  
392 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen  
393 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

394 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und  
395 Resilienz mit  
396 drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der  
397 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst  
398 – mit einem  
399 voll ausgebauten und integrierten europäischen Schienen-, Strom- und  
400 Wasserstoffnetz.  
401 Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie  
402 genauso wie den  
403 Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere  
404 Wirtschaft und  
405 unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien  
406 machen.

407 Industriepolitik aktiv gestalten

408 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus  
409 kleinen,  
410 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren  
411 Wohlstand ist.  
412 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns  
413 zentral:

414 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen  
415 der EU für  
416 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen  
417 Firmen  
418 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den  
419 Goldstandard auf  
420 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen  
421 unschätzbaren Beitrag

422 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen  
423 verteidigen.

424 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit  
425 ihrem  
426 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer  
427 Produktionsstandorte für  
428 Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem  
429 eine eigene  
430 aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die Europas Stärken  
431 stärkt. Sie  
432 setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen.  
433 Dazu gehört  
434 einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private  
435 Investitionen  
436 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für  
437 Zukunftstechnologien wie  
438 Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa  
439 an der  
440 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa  
441 erdacht und  
442 hergestellt werden. So sichern wir Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der  
443 Aufbau einer  
444 europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des  
445 Industriestandortes  
446 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

447 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein  
448 Förderdschungel  
449 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an  
450 die  
451 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil  
452 – etwa im  
453 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche  
454 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand  
455 gehen. Dafür  
456 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die  
457 europäische  
458 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die  
459 Lage versetzt  
460 wird, schnell und wirksam zu handeln.

461 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

462 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa  
463 gleichzeitig  
464 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett  
465 klimaneutral  
466 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

467 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.  
468 Dafür muss

469 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen  
470 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren  
471 Energien und  
472 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne  
473 Energie zu  
474 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht.

475 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem  
476 europäischen  
477 Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen  
478 europaweiten  
479 Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-  
480 Haushalt  
481 finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen  
482 finanziell fördern,  
483 die möglichst kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am  
484 meisten CO<sub>2</sub>  
485 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher  
486 und günstiger  
487 eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir europäische grüne  
488 Leitmärkte für  
489 einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie  
490 etwa grünen  
491 Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine  
492 Mindestquote  
493 von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer  
494 Absatzmarkt  
495 geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang  
496 setzt.  
497 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf  
498 klimaneutrale  
499 Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil  
500 dies zu  
501 schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller  
502 Substanz und  
503 guten Arbeitsplätzen beiträgt.

504 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und  
505 Nachhaltigkeitskriterien bei  
506 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir  
507 gezielt die  
508 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen.

509 Den Binnenmarkt stärken

510 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und  
511 hilft,  
512 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die  
513 klimaneutrale  
514 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den  
515 europäischen  
516 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und

517 Arbeitnehmer\*innen  
518 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt  
519 stärken und  
520 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht  
521 mehr 27  
522 verschiedene befolgen.

523 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,  
524 übergeordnete Ziele zu  
525 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz  
526 sowie die  
527 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch  
528 nutzen, um  
529 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu  
530 werden.

531 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher\*innen und kleinen  
532 Unternehmen  
533 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein  
534 solches Update  
535 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool  
536 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

537 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht  
538 bekämpft und  
539 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg  
540 des  
541 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht  
542 Europa  
543 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen  
544 Staaten, die  
545 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien  
546 muss die EU-  
547 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den  
548 Mitgliedstaaten  
549 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei  
550 zugleich  
551 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit  
552 bei  
553 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen  
554 in den  
555 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf  
556 Klimaneutralität.

557 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU  
558 die  
559 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der  
560 europäischen  
561 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik  
562 ermöglicht und  
563 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die  
564 Beihilfeverfahren  
565 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

566 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

567 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir  
568 wollen mehr  
569 Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen,  
570 sichere  
571 Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus.  
572 Fachkräfte  
573 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für  
574 akademisch  
575 ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit handwerklicher oder industrienaher  
576 Ausbildung.  
577 Davon hängt auch das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit  
578 Investitionen in  
579 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

580 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote  
581 für alle  
582 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer\*innen – und Fachkräfte von  
583 außerhalb  
584 gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll  
585 einzubringen. In  
586 vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder  
587 gar nicht. Wir  
588 brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,  
589 die soziale  
590 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

591 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch  
592 gut  
593 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen  
594 und Betriebe,  
595 in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der  
596 EU-  
597 Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr Frauen ausbilden bzw.  
598 beschäftigen.  
599 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen  
600 entwickeln, wie wir  
601 eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen  
602 können.

603 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von  
604 Fachkräften geht,  
605 vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im Krankenhaus. Wir  
606 setzen uns  
607 daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus  
608 Drittstaaten  
609 sollte die EU-Blue-Card-Initiative ausgeweitet werden und vielen weiteren  
610 Berufsgruppen  
611 zugutekommen.

612 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr  
613 Auskommen,

614 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer  
615 klimaneutralen  
616 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus-  
617 und  
618 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer  
619 Sicherheit  
620 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere  
621 Industriepolitik bietet  
622 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln,  
623 dass  
624 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife  
625 befolgt  
626 werden.

### 627 **3. Stabile Finanzen**

628 Europa finanziell wappnen

629 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre  
630 finanzielle  
631 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem  
632 relevanten  
633 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir  
634 endlich  
635 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur  
636 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-  
637 Jahre zu  
638 treffen.

639 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle  
640 Ausstattung der  
641 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Im  
642 Krisenfall  
643 haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die  
644 EU deutlich  
645 mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame  
646 Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und  
647 für eine  
648 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen  
649 starken  
650 Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch  
651 für ein  
652 neues großes Investitionsprogramm streiten.

653 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen  
654 deutlich  
655 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt  
656 die  
657 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden  
658 Feldern der  
659 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre

660 Wirkung hin  
661 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten  
662 die  
663 Ausgaben verwalten.

664 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU  
665 voraus. Gerade  
666 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den  
667 Beiträgen der  
668 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre  
669 finanzielle  
670 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben,  
671 dass Einnahmen,  
672 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem  
673 EU-Haushalt  
674 zugutekommen.

675 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der  
676 möglichen  
677 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen.  
678 Auch die  
679 Einnahmen aus dem neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75  
680 Prozent dem EU-  
681 Haushalt zufließen.

682 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu  
683 einer  
684 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits  
685 2020 von Rat  
686 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen.  
687 Dabei muss  
688 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den  
689 Mitgliedstaaten  
690 sichergestellt werden.

691 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

692 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine  
693 Grundvoraussetzung für  
694 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die  
695 Architektur der  
696 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für  
697 Krisen. Das  
698 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

699 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir  
700 die  
701 gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der  
702 Überführung  
703 des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der  
704 Umstellung auf  
705 Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren

706 endlich  
707 eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-  
708 Hilfsprogramme.

709 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-  
710 Kurzarbeitergeldes  
711 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die  
712 Mitgliedstaaten  
713 Jobs sicher schützen können. Und wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion  
714 vollenden,  
715 damit auch der Finanzsektor in Krisen stabilisierend wirkt.

716 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die  
717 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen  
718 Ländern  
719 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und  
720 Wachstum schaffen.  
721 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der Vorschlag der  
722 Europäischen Kommission  
723 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte  
724 Reform, deren  
725 Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

726 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld  
727 und zum  
728 Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung  
729 der Wirtschaft  
730 und ermöglicht Verbraucher\*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles  
731 Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur  
732 finanziellen  
733 Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im  
734 digitalen  
735 Zeitalter leisten.

736 Bankenunion vollenden

737 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das  
738 Finanzsystem  
739 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen  
740 ausgerichtet  
741 sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft  
742 der Zukunft  
743 und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen  
744 kompatibel  
745 sein.

746 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen  
747 von  
748 Unternehmen und Bürger\*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine  
749 weitere  
750 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer hohen  
751 Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion  
752 stellen wir

753 die Banken stabil auf. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den  
754 Erhalt der  
755 Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,  
756 einem  
757 funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit  
758 Privatkund\*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern,  
759 dass  
760 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen.  
761 Indem wir  
762 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu  
763 reduzieren,  
764 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der  
765 Klimaneutralität steht.

766 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie  
767 Ratingagenturen,  
768 Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir  
769 setzen uns  
770 dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige  
771 Bürokratie –  
772 insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

773 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung  
774 umweltverträglicher  
775 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie  
776 und Erdgas als  
777 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja  
778 oder Nein, denn  
779 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-  
780 Autos oder  
781 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir  
782 zukünftig besser  
783 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen,  
784 damit  
785 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend  
786 finanziert werden.  
787 Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

788 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich  
789 an  
790 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die  
791 Finanzaufsicht hat mit  
792 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt  
793 gehalten. Um das  
794 Vertrauen der Anleger\*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen  
795 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing  
796 ausstatten und ein  
797 staatliches Labelssystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher\*innen  
798 sollen  
799 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen  
800 Modernisierung unserer  
801 Wirtschaft leistet.

802 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das  
803 Vertrauen  
804 der Sparer\*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen  
805 haben dafür  
806 gesorgt, dass Sparer\*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende  
807 Finanzprodukte  
808 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung  
809 mittelfristig keine  
810 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier  
811 Beratung  
812 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle  
813 zugänglich  
814 machen.

#### 815 **4. Steuergerechtigkeit**

816 Steuerhinterziehung bekämpfen

817 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle  
818 ihren fairen  
819 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine  
820 gute Bus- und  
821 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower\*innen und unabhängige Medien haben in  
822 den letzten  
823 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben  
824 belegt, wie  
825 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in  
826 Niedrigsteuerrländer  
827 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis  
828 hin zu  
829 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger\*innen und  
830 besonders  
831 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen.  
832 Schätzungen zufolge  
833 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170  
834 Milliarden Euro.  
835 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme.  
836 Die EU kann  
837 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

838 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von  
839 Gewinnen in  
840 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere  
841 Kriterien, um  
842 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So  
843 fehlen  
844 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem  
845 Steuersatz von  
846 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie  
847 beispielsweise

848 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die  
849 Liste gesetzt  
850 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch  
851 getroffen werden.

852 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden  
853 wesentlich  
854 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu  
855 stärken. Wir  
856 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

857 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur  
858 existieren, um  
859 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf,  
860 den  
861 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen  
862 anzunehmen –  
863 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin.

864 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es  
865 sich beim  
866 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in  
867 Niedrigsteuerländer.

868 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-  
869 weiten Systems  
870 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen  
871 weiteren  
872 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen  
873 wir das  
874 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der  
875 EU angehen.

876 Steuerdumping beenden

877 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb  
878 zwischen den EU-  
879 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftsteuersätzen erschweren faire  
880 Wettbewerbsbedingungen im  
881 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten  
882 mit neuen  
883 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind.  
884 So  
885 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie  
886 Daten, Wissen  
887 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen  
888 Niederlassung oder  
889 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer\*innen  
890 digitaler Dienste  
891 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen  
892 deutlich  
893 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen

894 müssen ihren  
895 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

896 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist  
897 ein großer  
898 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene  
899 der  
900 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich  
901 auf eine  
902 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt.  
903 Damit können  
904 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die  
905 Umsetzung in den  
906 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen  
907 zur  
908 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die  
909 Mindestbesteuerung  
910 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er  
911 reicht aber  
912 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder  
913 multinationale  
914 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene  
915 aktuell  
916 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein,  
917 sollte die EU-  
918 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

919 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für  
920 alle sichtbar  
921 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung  
922 von  
923 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große  
924 Unternehmen  
925 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen,  
926 führt das zu  
927 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle  
928 Länder  
929 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur  
930 Überprüfung der  
931 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite  
932 Aufschlüsselung  
933 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb  
934 zwischen den  
935 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares  
936 Rahmenwerk der EU für  
937 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

938 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

939 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von  
940 Unternehmen einen  
941 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren,

942 Klimaschutz  
943 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen  
944 EU hat die  
945 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter  
946 zugenommen.

947 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik  
948 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer  
949 wieder durch  
950 Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden  
951 Möglichkeiten der  
952 Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen.  
953 Perspektivisch  
954 eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen  
955 Handlungsspielraum.

956 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch  
957 hohe  
958 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen  
959 einiger  
960 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft  
961 gestiegene  
962 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation  
963 auf eine  
964 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen  
965 Krisenbeitrag an  
966 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der  
967 gegenwärtigen Inflation  
968 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene  
969 Produktionskosten  
970 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der Übergewinnsteuer auch für andere  
971 Bereiche  
972 fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen  
973 Haushalte zu  
974 entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere  
975 Geschäftsjahre oder  
976 die Gewinnverlagerung ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in  
977 erneuerbare  
978 Energien reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

## 979 **5. Innovationskraft und Bürokratieabbau**

980 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

981 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen  
982 Herausforderungen  
983 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und  
984 darüber  
985 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die  
986 Menschen und  
987 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien

988 Forschung  
989 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand.  
990 Wir wollen,  
991 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche  
992 Mobilität,  
993 für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder Alzheimer in  
994 Europa erdacht  
995 und produziert werden.

996 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die  
997 Forschungsaktivitäten der EU  
998 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller\*innen sehr  
999 beliebtes  
1000 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im  
1001 nächsten  
1002 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

1003 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die  
1004 missions-  
1005 und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die  
1006 Klimaforschung, für  
1007 die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste Quote von 35 Prozent  
1008 für die  
1009 europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir treten für eine gut  
1010 ausgestattete  
1011 Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der  
1012 Exzellenzforschung par  
1013 excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Sklodowska-Curie-  
1014 Mobilitätsförderung wollen  
1015 wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und  
1016 Geisteswissenschaften (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulissee bekommen,  
1017 denn sie  
1018 sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und  
1019 Demokratie.  
1020 Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei zugänglich sein  
1021 sollen,  
1022 wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin stärken.

1023 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was  
1024 den  
1025 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch:  
1026 Horizont  
1027 Europa muss noch internationaler werden und weitere Partnerländer einbinden.

1028 Aus Ideen Wohlstand machen

1029 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender  
1030 Bedeutung. Wir  
1031 wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind  
1032 als  
1033 Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von  
1034 morgen.

1035 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte  
1036 Forschung, die  
1037 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Wir  
1038 brauchen  
1039 beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive  
1040 Behandlungen  
1041 für Krebs, smarte digitale Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht  
1042 zuletzt  
1043 soziale Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont  
1044 Europa sollen  
1045 sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen  
1046 wir  
1047 Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die Industrie  
1048 zusammenbringen.

1049 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und  
1050 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so  
1051 ausbauen, dass  
1052 sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung  
1053 unterstützen.

1054 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen  
1055 und dabei  
1056 neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw.  
1057 Fachhochschulen  
1058 in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht  
1059 im selben  
1060 Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung  
1061 sehr stark.  
1062 Solche Cluster von Forschung, Lehre und Anwendung sind zentral, um Innovationen  
1063 zu fördern,  
1064 sichtbar zu machen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

1065 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies  
1066 gilt  
1067 beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der  
1068 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder  
1069 Weiterbildungsprogrammen. So können  
1070 wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in die  
1071 Zukunftsbranchen  
1072 einzubringen.

1073 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem  
1074 relevanten  
1075 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-  
1076 privaten  
1077 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten.  
1078 Wir möchten  
1079 hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen,  
1080 Forschungsinstitute und Gründer\*innen stärker von diesen Förderinstrumenten  
1081 profitieren.

1082 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

1083 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges  
1084 Gründungsgeschehen. Hier  
1085 entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen  
1086 schneller und  
1087 einfacher werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bisher weniger aktive  
1088 Mitgliedstaaten  
1089 beispielsweise von Estland, dem europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen  
1090 können.

1091 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der  
1092 Know-How-  
1093 Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das europäische  
1094 Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

1095 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.  
1096 Dort finden  
1097 Gründer\*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen Überblick über alle  
1098 Förderprogramme für Gründer\*innen soll ein digitaler Kompass bieten. Mit einem  
1099 Klick ohne  
1100 Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

1101 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit  
1102 anderen EU-  
1103 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Start-ups  
1104 in der  
1105 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige  
1106 europäische Matching  
1107 Hubs ins Leben rufen, die private Investor\*innen mit Gründer\*innen an einen  
1108 Tisch bringen,  
1109 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft.

1110 Mittelstand fördern

1111 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor  
1112 der  
1113 europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders stark  
1114 durch die  
1115 Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen, wollen wir KMU-  
1116 Tests  
1117 verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze auf ihre Auswirkungen  
1118 auf KMU  
1119 überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und  
1120 Übergangsfristen  
1121 für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern  
1122 wir den  
1123 Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von  
1124 festgelegten KMU-  
1125 Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich  
1126 zugutekommen. Die  
1127 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit

1128 nationalen  
1129 Förderinstrumenten verzahnen.

1130 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in  
1131 der Praxis  
1132 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller  
1133 Regulierungen ein, um  
1134 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel  
1135 verfehlen, wieder  
1136 zu streichen. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen  
1137 Übernachtungen  
1138 und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

1139 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der  
1140 Verwaltung. Dadurch  
1141 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und  
1142 Anträge leichter  
1143 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital  
1144 erfolgen.  
1145 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung  
1146 von  
1147 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt  
1148 werden, damit  
1149 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im  
1150 Rahmen der  
1151 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu  
1152 können. Die  
1153 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

## 1154 6. Digitale Souveränität

1155 Europa digital fit machen

1156 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer  
1157 Zeit. Sie  
1158 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder  
1159 Energie völlig  
1160 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche  
1161 Entwicklung und für  
1162 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über  
1163 das  
1164 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und  
1165 Therapie schwerer  
1166 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch  
1167 vernetzten und  
1168 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

1169 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer  
1170 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger\*innen befähigt und Freiheit  
1171 stärkt, und einer  
1172 Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in

1173 diesem  
1174 Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen deshalb die digitale  
1175 Souveränität Europas  
1176 sichern, stärken und ausbauen.

1177 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine  
1178 resiliente und  
1179 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze,  
1180 Knotenpunkte,  
1181 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen  
1182 vermehrt die  
1183 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben,  
1184 seien es  
1185 Halbleiter oder Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische  
1186 Unternehmen in  
1187 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die  
1188 globale  
1189 Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit  
1190 starken  
1191 europäischen Akteuren gestalten.

1192 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben  
1193 mitzudenken. Wir  
1194 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen  
1195 Prozess  
1196 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und  
1197 effizienter erbracht  
1198 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen,  
1199 politische Regeln  
1200 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der  
1201 wirtschaftlichen Praxis  
1202 handhabbar zu machen.

1203 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine  
1204 riesige  
1205 Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben  
1206 vereinfachen  
1207 und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Wissenschaft,  
1208 Verwaltung und  
1209 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können  
1210 beispielsweise  
1211 dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und  
1212 gleichzeitig den  
1213 Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.  
1214 Wir wollen  
1215 KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa  
1216 einen großen  
1217 Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird.  
1218 Wir wollen  
1219 diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die bessere  
1220 Verfügbarkeit von  
1221 Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

1222 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-  
1223 Source- und  
1224 Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

1225 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,  
1226 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie  
1227 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und  
1228 vernetzte  
1229 Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-  
1230 Plattformen, Browser,  
1231 Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU  
1232 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital  
1233 Sustainability Act, ein  
1234 europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des Sektors für Informations- und  
1235 Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit optimiert. Eine  
1236 Abwärmeinfrastruktur von  
1237 Rechenzentren wollen wir in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

1238 Daten rechtebasiert nutzen

1239 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für  
1240 zahlreiche  
1241 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten  
1242 leistet einen  
1243 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche  
1244 gesellschaftliche  
1245 Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Ressourcen zu  
1246 schonen und die  
1247 wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

1248 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem  
1249 an der  
1250 Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten rechtebasiert  
1251 besser  
1252 nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses  
1253 Prinzip bei  
1254 der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen  
1255 Unternehmen  
1256 im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City  
1257 Barcelona können  
1258 ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie  
1259 Innovation  
1260 vorangetrieben werden.

1261 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den  
1262 vergangenen  
1263 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes  
1264 von  
1265 personenbezogenen Daten gesetzt.

1266 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings  
1267 unterschiedlich. Während  
1268 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen

1269 die Regeln  
1270 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen  
1271 Mitgliedstaaten genauso  
1272 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich  
1273 aufgrund der  
1274 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,  
1275 die für  
1276 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke  
1277 und KI  
1278 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche  
1279 und  
1280 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger\*innen-Rechte  
1281 wirksam zu  
1282 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen,  
1283 die eine  
1284 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

1285 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,  
1286 Nutzer\*innen in  
1287 der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu  
1288 vereinfachen und  
1289 allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz  
1290 es  
1291 Bürger\*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-  
1292 Modelle  
1293 notwendigen Datenpools zu erzeugen.

1294 Digitale Standards setzen

1295 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher\*innen und Unternehmen das A  
1296 und O einer  
1297 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards  
1298 gefördert  
1299 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale  
1300 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige  
1301 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur  
1302 klare und  
1303 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche  
1304 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-  
1305 Märkte-  
1306 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung  
1307 des digitalen  
1308 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1309 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der  
1310 Interoperabilität:  
1311 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität  
1312 bezeichnet  
1313 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und  
1314 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch,  
1315 ohne  
1316 manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher

---

1317 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise  
1318 können  
1319 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und  
1320 Nichtregierungsorganisationen (NGOs)  
1321 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1322 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum  
1323 Durchbruch verhelfen  
1324 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).  
1325 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume  
1326 und  
1327 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen  
1328 aus Europa  
1329 riesige Chancen bieten.

1330 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten  
1331 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen  
1332 erarbeiten  
1333 Vertreter\*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-  
1334 Schnittstellen  
1335 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1336 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.  
1337 Willkürlichen Konsortien  
1338 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung  
1339 daher ebenso  
1340 für Entwickler\*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen  
1341 öffnen.  
1342 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können,  
1343 muss ihr  
1344 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese  
1345 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und  
1346 Investitionssicherheit zu sorgen.

1347 Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin  
1348 einen  
1349 entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

1350 Verbraucherschutz digitalisieren

1351 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im  
1352 Verbraucher\*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier  
1353 bedeutende  
1354 Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die  
1355 Grundsteine gelegt, um  
1356 klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-  
1357 Tech-  
1358 Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die  
1359 Gesellschaft darstellen – und wo nötig Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren  
1360 Druck hin  
1361 erhalten Wissenschaftler\*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um  
1362 deren  
1363 Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es

1364 jetzt, in  
1365 Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch  
1366 Datenzugänge  
1367 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von  
1368 Verbraucher\*innen im  
1369 digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden; hierzu wollen wir auf  
1370 nationaler  
1371 und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung  
1372 digitaler  
1373 Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick  
1374 nehmen.  
1375 Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen  
1376 dieser  
1377 Plattformen, wenn Nutzer\*innen grundlos gesperrt werden.

1378 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten  
1379 und  
1380 Verbraucher\*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet  
1381 sein, dass  
1382 diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden  
1383 wir  
1384 nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Wir wollen die Rechte von  
1385 Nutzer\*innen auf  
1386 digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei:  
1387 Plattformen  
1388 sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer\*innen unterschiedlicher  
1389 Dienste  
1390 miteinander in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch  
1391 möglich und  
1392 verbessert, damit Nutzer\*innen beim Verlassen von Plattformen darauf  
1393 zurückgreifen können.

## 1394 7. Kreislaufwirtschaft

1395 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren

1396 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine  
1397 klimaneutrale  
1398 Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe. Laut  
1399 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen  
1400 Rohstoffen allein  
1401 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des  
1402 Pariser  
1403 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in  
1404 Ländern des  
1405 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und  
1406 Raffinerien  
1407 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von  
1408 Metallen zu  
1409 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges

1410 Land die  
1411 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine  
1412 Rohstoffquellen  
1413 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir setzen uns deshalb  
1414 für die  
1415 Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und  
1416 verpflichtende  
1417 Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der  
1418 europäischen  
1419 Wirtschaft zu gewährleisten.

1420 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für  
1421 mehr  
1422 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65  
1423 Prozent der  
1424 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser  
1425 Ansatz der  
1426 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des  
1427 Rohstoffverbrauchs und  
1428 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders  
1429 knapper  
1430 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU  
1431 sowie die  
1432 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der  
1433 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei  
1434 ambitionierte  
1435 Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

1436 Zirkulär wirtschaften

1437 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine  
1438 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen  
1439 und wir  
1440 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur  
1441 Rohstoffsicherheit ist das  
1442 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die  
1443 Kreislaufwirtschaft  
1444 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt,  
1445 geleast,  
1446 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein  
1447 Minimum reduziert  
1448 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir  
1449 eine  
1450 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines  
1451 „Designs for  
1452 Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in  
1453 diesem Sinne  
1454 weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien  
1455 erfüllen, um Klima  
1456 und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer  
1457 Produkte in

1458 den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die  
1459 Verwertung  
1460 möglichst nachhaltig sind. Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des  
1461 bestehenden  
1462 Gebäudebestands und den Einsatz modularer Bauweisen.

1463 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es  
1464 einfacher und  
1465 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden  
1466 Ressourcen unnötig  
1467 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch  
1468 gebrauchsfähigen Waren  
1469 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur,  
1470 eine Pflicht  
1471 zur Bereitstellung von Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren.  
1472 Auch das  
1473 Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende  
1474 haben.

1475 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund  
1476 lückenhafter  
1477 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der  
1478 neuen  
1479 Abfallverbringungsverordnung den Riegel vorschieben. Wir setzen uns dafür ein,  
1480 dass  
1481 Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden.

1482 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen  
1483 europäischen Ansatz,  
1484 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent  
1485 effektiv  
1486 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und  
1487 die  
1488 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür  
1489 einsetzen, dass  
1490 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und  
1491 Menschenrechtsstandards  
1492 ambitioniert voranbringt.

1493 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,  
1494 Infrastrukturen,  
1495 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang  
1496 nicht  
1497 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente  
1498 Wiederverwendung und  
1499 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die  
1500 Chancen der  
1501 Digitalisierung nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch  
1502 schaffen wir  
1503 neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen  
1504 Primärrohstoffen.

1505 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.  
1506 Wir wollen  
1507 die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein Rückgabesystem für  
1508 Lithium-  
1509 Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium  
1510 sollte durch  
1511 weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz  
1512 von Natrium-  
1513 Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

1514 Rohstoffpartnerschaften schließen

1515 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,  
1516 setzen wir uns  
1517 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und  
1518 strategische  
1519 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu  
1520 vertiefen.  
1521 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security  
1522 Partnership  
1523 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für  
1524 kritische Rohstoffe.

1525 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen  
1526 Ländern  
1527 weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer Nachhaltigkeits-  
1528 und  
1529 Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht nur  
1530 einseitig im  
1531 europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur  
1532 Seite stehen,  
1533 ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in  
1534 Lieferketten zu  
1535 integrieren. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und  
1536 andere  
1537 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von  
1538 Transport-  
1539 und Energieinfrastruktur fördern.

## 1540 8. Moderne Mobilität

1541 Europas Verkehrswende voranbringen

1542 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil  
1543 zu sein.  
1544 Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem, das  
1545 klimaneutral  
1546 funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen  
1547 Personenkraftwagen (Pkw)  
1548 komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und

---

1549 attraktive Züge,  
1550 ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, den Ausbau der E-  
1551 Ladeinfrastruktur, ein  
1552 sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive  
1553 Angebote, um  
1554 verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren.

1555 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und  
1556 selbstbestimmtes  
1557 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir  
1558 setzen uns  
1559 deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter ausgebaut wird.  
1560 Insbesondere die  
1561 Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer  
1562 Güterverkehr und  
1563 gute Nachtzüge haben für uns Priorität.

1564 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken  
1565 innerhalb  
1566 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver  
1567 Ausbau des  
1568 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte  
1569 Trassenpreise,  
1570 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der  
1571 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für  
1572 moderne  
1573 Schlafwagen ein.

1574 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große  
1575 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.  
1576 Insbesondere das  
1577 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,  
1578 ressourceneffiziente  
1579 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für  
1580 eine  
1581 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die  
1582 Förderung  
1583 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

1584 Tickets einfach buchen

1585 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle  
1586 Zugreisen in  
1587 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können  
1588 wir  
1589 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende Fahrkarten  
1590 einschließlich Sharing-  
1591 Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten  
1592 auf einfache  
1593 Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente  
1594 Informationen zu den  
1595 Kosten, Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen

1596 und die für  
1597 sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,  
1598 müssen Buchungen  
1599 einfacher erfolgen.

1600 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.  
1601 Interrailtickets sollten  
1602 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwertem Reisen einladen  
1603 und deshalb  
1604 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden  
1605 beliebigen  
1606 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen  
1607 Unternehmen  
1608 betrieben wird.

1609 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine  
1610 konsequente Umsetzung  
1611 des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass Mobilitätsangebote für alle leicht und  
1612 günstig  
1613 nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener  
1614 Verkehrsmittel,  
1615 zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um  
1616 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die  
1617 Fahrradmitnahme ermöglichen.

1618 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir  
1619 mit dem  
1620 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-  
1621 Ticket soll  
1622 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden  
1623 Austausch zu  
1624 stärken.

1625 Antriebswende umsetzen

1626 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur  
1627 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele  
1628 Verkehrsmittel wie  
1629 möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Grüner Wasserstoff  
1630 und die darauf  
1631 basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel  
1632 nicht  
1633 preiswerter elektrisch betrieben werden können.

1634 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und  
1635 bietet viele  
1636 Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende  
1637 unterstützen. Die  
1638 EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine  
1639 fossilen  
1640 Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Nun braucht es  
1641 eine  
1642 flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle

1643 Verkehrsmittel. Es muss ohne Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von  
1644 Stockholm nach  
1645 Syrakus zu fahren. Um den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu  
1646 gestalten, wollen  
1647 wir aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren  
1648 beim Laden  
1649 eines E-Autos, abschaffen.

1650 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf  
1651 der Straße  
1652 in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden kann. Dazu  
1653 braucht es den  
1654 schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen (Lkw) entlang der  
1655 europäischen  
1656 Fernstraßen und in den Güterverteilzentren.

1657 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und  
1658 Entwicklung durch  
1659 Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz orientiert  
1660 werden. So wollen  
1661 wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um leichte und effiziente Lösungen  
1662 anzubieten.  
1663 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen  
1664 wir die  
1665 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-  
1666 Kerosin. Für  
1667 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So  
1668 werden  
1669 fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit  
1670 angehören.  
1671 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von  
1672 klimaneutralen  
1673 Technologien.

1674 Verkehr sicher machen

1675 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,  
1676 dass es keine  
1677 Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen uns deshalb für  
1678 sichere  
1679 Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in dicht bevölkerten  
1680 Innenstädten sowie für  
1681 ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen ein.

1682 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für  
1683 ambitioniertere  
1684 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen  
1685 wir stärker  
1686 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die  
1687 EU-  
1688 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise  
1689 Grenzwerte für

1690 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der  
1691 Technik anpassen.  
1692 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die  
1693 Gesundheitsbelastung der  
1694 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide,  
1695 (Ultra-  
1696 )Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit  
1697 minimiert werden.  
1698 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige  
1699 Schritte.

## 1700 9. Gesunde Natur

1701 Unsere Natur bewahren

1702 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft  
1703 hängen von  
1704 ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in  
1705 Zukunft noch  
1706 verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe  
1707 der Politik.  
1708 Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den  
1709 unberührten  
1710 Wäldern Nord- und Osteuropas über die vielfältigen Kulturlandschaften  
1711 Mitteleuropas bis hin  
1712 zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer\*innen prägt und weltweit  
1713 für unseren  
1714 Kontinent steht.

1715 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den  
1716 vergangenen  
1717 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1718 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)  
1719 sowie die  
1720 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN  
1721 zum Schutz  
1722 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der  
1723 Land- und  
1724 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent  
1725 der Flächen  
1726 sogar unter besonderem Schutz. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich  
1727 besser  
1728 geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden  
1729 erstmals  
1730 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen  
1731 damit  
1732 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im  
1733 Europäischen  
1734 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige  
1735 Wiederherstellung der

1736 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine  
1737 verbesserte  
1738 Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele  
1739 unabdingbar.  
1740 Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis  
1741 2050 alle  
1742 Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein,  
1743 dass die  
1744 entsprechenden Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1745 Artenvielfalt retten

1746 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.  
1747 Beide bedingen  
1748 einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die  
1749 Klimakrise.  
1750 Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

1751 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.  
1752 Schlüsselemente sind hier  
1753 die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein naturnaher Waldumbau und  
1754 effektiver  
1755 Meeresschutz.

1756 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis  
1757 ausreichend  
1758 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte  
1759 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern  
1760 gehören die Ozeane  
1761 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und  
1762 Biodiversitätskrisen.

1763 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8  
1764 Millionen Tier-  
1765 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und  
1766 damit ein  
1767 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein  
1768 wichtiger  
1769 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den  
1770 Artenschwund in und  
1771 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung  
1772 aufhalten  
1773 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von  
1774 Ökosystemen  
1775 muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere für den  
1776 Insekten-, Vogel-  
1777 und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische  
1778 Landwirtschaft und  
1779 naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir brauchen Misch- statt Monokulturen in  
1780 Land- und  
1781 Forstwirtschaft, weniger Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden  
1782 Praktiken wie

1783 Kahlschlägen. Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare,  
1784 einheitliche  
1785 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein  
1786 einheitliches  
1787 Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald. Im Hinblick auf  
1788 die  
1789 zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine europäische  
1790 Waldbrandstrategie, die durch  
1791 naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische  
1792 Schutzkorridore die  
1793 Brandgefahr eindämmt.

1794 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder  
1795 miteinander  
1796 vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch  
1797 stabile  
1798 Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur.  
1799 Zentral  
1800 dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die genetische Vielfalt fördert die  
1801 Resilienz unserer  
1802 Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die  
1803 Korridore sollen in  
1804 engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt\*innen und Förster\*innen entstehen.  
1805 Darüber hinaus  
1806 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,  
1807 ohne einen  
1808 genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die  
1809 Bereitstellung  
1810 finanzieller Anreize für Landwirt\*innen und Landbesitzer\*innen, um nachhaltige  
1811 Praktiken  
1812 einzuführen, die den Schutz der Natur und der Artenvielfalt fördern.

1813 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und  
1814 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders  
1815 betroffene  
1816 Arten schaffen.

1817 Umwelt schützen

1818 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und  
1819 Biodiversitätskrise die  
1820 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen  
1821 Lebensgrundlagen. Sie  
1822 belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige Rolle spielen dabei die  
1823 Auswirkungen der  
1824 Nutzung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich  
1825 ist es,  
1826 Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen.  
1827 Dazu zählen  
1828 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#).  
1829 Diese werden  
1830 seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,

1831 Medizinprodukten,  
1832 Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut  
1833 ersetzt werden  
1834 können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer  
1835 Verwendung rasch  
1836 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen,  
1837 um die  
1838 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger  
1839 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu  
1840 gefährden.

1841 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die  
1842 Nachhaltigkeitsanforderungen  
1843 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und  
1844 Kosmetik. Wir  
1845 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit  
1846 von  
1847 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die  
1848 Verwendung eines  
1849 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der  
1850 Wirkung von  
1851 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten  
1852 berücksichtigt.

1853 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich  
1854 aufstellen.  
1855 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und  
1856 nachhaltige  
1857 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des  
1858 Markthochlaufs von  
1859 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte  
1860 Industriepolitik.

1861 Sauberes Wasser für alle

1862 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.  
1863 Das ist eine  
1864 große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit sauberem Wasser  
1865 sicherzustellen,  
1866 und ein Stressfaktor für unsere Natur. Bilanziell hat etwa Deutschland in den  
1867 vergangenen 20  
1868 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine  
1869 europäische  
1870 Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert  
1871 sowie den  
1872 Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben  
1873 dem Gesetz zur  
1874 Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie  
1875 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die  
1876 dadurch  
1877 drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1878 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten  
1879 Wasserinfrastruktur und einem  
1880 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch  
1881 Starkregenereignisse  
1882 reduzieren wir durch mehr Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und  
1883 Fassadenbegrünung.  
1884 Dieser Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die  
1885 Luftqualität.

1886 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden  
1887 Wasserkrisen, wie an  
1888 der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000  
1889 Kilometer in  
1890 der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-  
1891 Biodiversitätsstrategie  
1892 vorgesehen. Und wir setzen uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber  
1893 gewerblicher oder  
1894 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1895 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser  
1896 in der  
1897 Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch  
1898 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und  
1899 Industrie durch  
1900 sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf  
1901 Kooperation  
1902 innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den  
1903 semiariden  
1904 Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1905 Tiere schützen

1906 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir  
1907 wollen, dass  
1908 Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die  
1909 Durchsetzung  
1910 bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer\*innen wollen Tierschutz: Sechs der  
1911 zehn  
1912 erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein.

1913 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht  
1914 und den  
1915 Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1916 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-  
1917 Aktionsplans zur  
1918 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von Wildfängen für die  
1919 Privathaltung  
1920 wollen wir beenden sowie den Import und Handel von Arten unter Strafe stellen,  
1921 die in ihrem  
1922 Herkunftsland national geschützt sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von  
1923 Jagdtrophäen von  
1924 Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-

1925 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In  
1926 Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.  
1927 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen  
1928 erstellen, die  
1929 Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer  
1930 möglich beenden,  
1931 für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren und auch die  
1932 Förderung  
1933 tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die  
1934 Entwicklung und  
1935 Anerkennung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte  
1936 tierfreie  
1937 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die  
1938 Stelle von  
1939 Tierversuchen treten.

## 1940 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1941 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1942 Landwirt\*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.  
1943 Sie sorgen  
1944 auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht.  
1945 Gleichzeitig  
1946 erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und  
1947 Weinberge, die  
1948 Europa auszeichnen. Wir wollen diese Landwirtschaft stärken – im Einklang mit  
1949 der Natur und  
1950 im Dienste aller Menschen, der Produzent\*innen wie der Verbraucher\*innen.

1951 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die  
1952 die Flächen  
1953 bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft  
1954 bezahlt  
1955 werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, und  
1956 nicht die  
1957 Eigentümer\*innen der Flächen.

1958 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen  
1959 Agrarpolitik (GAP),  
1960 die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen  
1961 landwirtschaftlichen  
1962 Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt,  
1963 Biodiversität,  
1964 Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu  
1965 gestalten, dass  
1966 sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt\*innen ankommen,  
1967 die vor Ort  
1968 verankert sind.

1969 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der  
1970 Landwirtschaft  
1971 tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem  
1972 wir  
1973 regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das  
1974 Lebensmittelhandwerk  
1975 stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

1976 Landwirt\*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter\*innen und dem Einzelhandel  
1977 in der  
1978 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss  
1979 einen  
1980 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise  
1981 für die  
1982 Verbraucher\*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen  
1983 ein, um  
1984 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1985 Gute Lebensmittel für alle

1986 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie  
1987 ist  
1988 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute  
1989 Ernährung  
1990 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler  
1991 Wirtschaftsräume,  
1992 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft  
1993 Wohlstand und  
1994 regionale Identität.

1995 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU  
1996 kann die  
1997 Entscheidungsfreiheit von Verbraucher\*innen schützen, indem sie für verlässliche  
1998 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir unterstützen  
1999 daher  
2000 europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen, vielfältigen und  
2001 tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten Rahmen für  
2002 nachhaltige  
2003 Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa  
2004 durch  
2005 Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der  
2006 Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld  
2007 schaffen, in dem  
2008 es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass  
2009 Nahrungsmittel frei  
2010 von chemischen Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So  
2011 schaffen wir  
2012 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

2013 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns  
2014 deshalb für  
2015 rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu

2016 halbieren,  
2017 einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen  
2018 sowie der  
2019 Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere  
2020 Angaben für die  
2021 sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

2022 Ökologische Landwirtschaft gestalten

2023 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der  
2024 Zukunft zu  
2025 sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können dabei der  
2026 gesamten  
2027 Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die Vorreiterin dafür:  
2028 Unser Ziel ist  
2029 es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu  
2030 erreichen und diesen  
2031 Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende  
2032 Betriebe  
2033 erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle  
2034 Betriebe. Das  
2035 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und  
2036 nachhaltige  
2037 Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

2038 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens  
2039 30 Prozent  
2040 der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie Unterstützung bei  
2041 der  
2042 Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette. Außerdem  
2043 sollen  
2044 Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen müssen, dass sie Vorschriften  
2045 einhalten. Das EU-  
2046 Biosiegel wollen wir beim Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion,  
2047 nachschärfen.

2048 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass  
2049 Betriebe, die  
2050 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll  
2051 garantieren, dass  
2052 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde.  
2053 Transparenz und  
2054 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und  
2055 Lebensmitteln  
2056 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren  
2057 Ursprung in  
2058 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern  
2059 wir die  
2060 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und  
2061 Zuchtbetriebe.

2062 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.  
2063 Die bisher  
2064 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch  
2065 nicht konkret  
2066 umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele der EU auf  
2067 wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir  
2068 zu weiteren  
2069 wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe.

2070 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von  
2071 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in  
2072 Pestiziden  
2073 erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir reformieren, indem  
2074 die  
2075 vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern, sondern von den  
2076 Bewertungsbehörden in  
2077 Auftrag gegeben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen  
2078 können, in welchem  
2079 Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu  
2080 gewinnen,  
2081 beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar  
2082 ist, dass sie  
2083 aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir  
2084 uns für die  
2085 konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die  
2086 Pestizide in den  
2087 Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in der  
2088 Biolandwirtschaft  
2089 haften.

2090 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

2091 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und  
2092 plötzlichem  
2093 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern  
2094 zurückfahren  
2095 und die Böden wieder zu Senken von CO<sub>2</sub> machen, ist die Landwirtschaft ein  
2096 zentraler Teil des  
2097 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von  
2098 Mooren, den  
2099 Aufbau von Holzmasse und die Weidewirtschaft ein – mit stabilen  
2100 Einkommensperspektiven für  
2101 Landwirt\*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz  
2102 und zur  
2103 Klimaanpassung leisten.

2104 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt\*innen zusammen. Uns ist  
2105 wichtig,  
2106 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen  
2107 unterstützen wir  
2108 Landwirt\*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen und  
2109 fördern den

2110 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Sowohl Moore als auch  
2111 die

2112 Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind ein echter Klimaschützer, da hier  
2113 deutlich mehr

2114 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Außerdem stellt die  
2115 Weidewirtschaft die

2116 tierfreundlichste Haltung dar. Diese wollen wir stärker fördern.

2117 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.

2118 Wir werden

2119 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren

2120 Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir

2121 den

2122 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiresourcen und zum Schutz

2123 der

2124 Meeresökosysteme. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und

2125 Schleppnetzfisherei und gehen

2126 gegen besonders umweltschädliche Fangmethoden vor.

2127 Tiere gut halten

2128 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern

2129 kann, Tiere

2130 als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer nachhaltigen

2131 Bewirtschaftung

2132 unserer vielfältigen Landschaften ist. Die industrielle Tierhaltung dagegen

2133 gefährdet

2134 essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische

2135 Erreger,

2136 multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,

2137 Artenverlust,

2138 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir

2139 Tieren

2140 schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

2141 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre

2142 Gesundheit

2143 konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und

2144 bessere Kontrolle

2145 einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht, Haltung, Transport,

2146 Tötung und

2147 Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von

2148 fehlenden

2149 Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht für uns die möglichst lokale

2150 Verarbeitung: Wir

2151 brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten. Dabei möchten wir

2152 Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer

2153 kontrollierbare Regionen unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine

2154 bessere

2155 Kontrolle, ein Ende der CO<sub>2</sub>- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei

2156 der Tötung

2157 von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von  
2158 Küken.

2159 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz  
2160 in der

2161 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika  
2162 an gesunde

2163 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir  
2164 drastisch

2165 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der  
2166 größten

2167 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es  
2168 eine

2169 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die  
2170 Einschränkung

2171 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere.

2172 Reserveantibiotika

2173 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.